

Zeitung Wand

Kölner

Die Zeitung von unten!

Juli 1983 10

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Wer abonniert, zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 32 80 04-500 (Beate Bätje)
Stichwort: Wandzeitungs-Abo
Herausgeber und Verlag: SSK e.V. Liebigstr.25,5 Köln30
Druck: Betrieb Merkenicher Str.99, 5 Köln 60

Verantwortlich: Klaus Breitenbach Saliering 37

Altbaummieter , aufgepaßt !

Wie die Spekulanten arbeiten, und wie man sich dagegen wehren kann !

Überall im Sanierungs- und Stadterneuerungsgebiet Mülheim kaufen sich jetzt Spekulanten ein und treiben die Mieten nach oben. Ein besonders übles Beispiel geben die Brüder Mathissen , die den großen Dreh gefunden haben, wie man die Mieter zur Kasse bittet :

Aus Alt mach Neu

In den Mathissen - Häusern werden im Billigverfahren Klos und Duschen aufgestellt und Heizungen eingebaut. Für die Klos wird einfach in der Küche eine Ecke abgetrennt, die Heizungen werden nur lauwarm, dafür sind die Heizkosten umso höher. Nach diesen Modernisierungen verlangen die Mathissens Neubaumieten, also 8 bis 10 DM pro qm !!!

Aus Groß mach Klein

Aus einer Wohnung macht Mathissen zwei kleine, denn dadurch kommt er wieder in eine höhere Mietpreisgruppe. Außerdem können Mathissen - Mieter nach der Modernisierung sowieso nur noch eine kleine Wohnung bezahlen. Unter die Dächer baut er Kleinstwohnungen, dafür müssen die Mieter dann auf Trockenspeicher und Waschraum verzichten !

Zuckerbrot und Peitsche

Bevor Mathissen modernisieren kann, muß er einen Teil der Wohnungen leerbekommen : Das macht er teilweise durch Versprechungen, teils durch Drohungen, teils durch Lügen !

Vor der Modernisierung verspricht Mathissen hemmungslos Mieten von 5 DM pro qm, allerdings alles nur mündlich. nach der Modernisierung , wenn die Mieten dann bei 10 DM pro qm liegen, bietet er den betroffenen Mietern Wohnungen in Häusern an, die er noch nicht modernisiert hat. "Warum wollen Sie denn im Sommer baden, baden Sie doch kalt !", riet Mathissen einem Mieter, bei dem die Heizung schon seit Monaten kaputt war. Als der Mieter daraufhin nicht mehr zahlen wollte, drohte Mathissen ihm : "Ich häng dir die Fenster aus !" Es kümmerte ihn auch nicht, daß der Mieter zu 100% schwerbehindert ist!

Als Mieter sich wegen einer leerstehenden Wohnung erkundigen, log Mathissen frech: "Die muß leer bleiben, da bekomme ich von der Sanierungsbehörde Geld dafür!" Eine Rückfrage bei der Stadt ergab, auch an dieser Geschichte ist - wie an vielen anderen - kein Wort wahr. Bauvorschriften gelten für die Familie Mathissen nicht. Aus - und Umbauten macht er prinzipiell ohne Baugenehmigung. Handwerksfirmen sind bei Mathissen selten anzutreffen, dafür umso mehr Schwarzarbeiter.

Dieses Spiel von Mathissen und anderen Spekulanten funktioniert nur, weil es immer noch Leute gibt, die meinen, alles unterschreiben zu müssen, was ihnen Mathissen unter die Nase hält.

Mieterhöhung und Modernisierung sind nur möglich mit Zustimmung des Mieters

Wir beraten Sie , wann Sie zustimmen müssen und wann Sie die Zustimmung verweigern können.

Modernisierung und Umbauten im Sanierungsgebiet müssen von der Sanierungsbehörde genehmigt werden.

Die Stadt gibt ihre Zustimmung nur, wenn der Vermieter mit der Sanierungsbehörde einen Modernisierungsvertrag abschließt und öffentliche Mittel annimmt. Dadurch werden die Mietsteigerungen begrenzt.

Wir beraten Sie und vermitteln Ihnen ein Gespräch mit der Sanierungsbehörde.

Treffpunkt jeden **Donnerstag**

Zeit **19.00 Uhr**

Ort : Tiefentalstr. 18 in den Räumen des Seniorenclubs oder beim SSK, Düsseldorfer Str.74, Tel.625052

VisdP: Kampagne "Rettet unser Veedel" M.Mintrop Markgrafenstr.87 5 Köln 80

Möbel Mobilya

In unseren Lagern warten preiswerte Möbel auf Sie:

z.B. Schränke, Tische, Öfen, Elektrogeräte, Couchgarnituren, Betten ... schon ab 30,-

Außerdem Kleintransporte, Umzüge, Entrümpelungen, Gelegenheitsarbeiten in Haus und Garten.

Bizim depolarimizda ucuz esyalar sizleri beklemektedir.

Mesela, Dolaplar, Masalar, Sobalar, Elektrikli esyalar, Koltuk takimlari, yataklar...

... fiatlar 30 marktan basliyarak.

Ayrica esya tasimalari, diger tasimalar, eskilerin alinmasi, ve kagit kaplama, boya isleri ve tamir islerini de yapiriz.

SSK Köln 1 Saliering 37, Tel.213175

SSK Ehrenfeld Liebigstr.25, Tel.556189

SSK Mülheim Düsseldorfstr.74, Tel.625052

SSK Bensberg Hasselstr.1, Tel. 02204-68632

Porzer Selbsthilfe EnsenerWeg 64, Tel.820-12880

SSK Waldbröl Hermesdorf, Tel. 02291-1308



Offener Brief an den Vorsitzenden des Arbeiter-Samariter-Bundes, Oberbürgermeister Burger

Köln, den 21.6.1983

Stellen Sie sich der Diskussion Herr Burger

Heute eröffnen Sie die Ausstellung über die Neubaupläne für das ehemalige Böcking-Gelände. Viele meinen, dies sei der erste Bauabschnitt in der Sanierung Mülheim-Nord. Dabei wird schon seit 6 Monaten an anderer Stelle stramm gebaut. Zur Vorbereitung gab es keine Ausstellung und keine Bürgeranhörung, und auch sonst ist es um diesen Bau merkwürdig ruhig geworden, obwohl er doch für die Sanierung eine entscheidende Rolle spielt. Es handelt sich um den Neubau des alten Wohn- und Pflegeheims auf dem DKH-Gelände.

Eigentümer ist der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB); dessen Vorsitzender und damit Bauherr sind Sie, Herr Burger.

Dieser Bau ist eine gigantische Fehlplanung:

1. Die Alten in Mülheim wollen nicht ins Heim; sie wünschen, daß ihre Wohnungen im Viertel altengerecht hergerichtet werden. Das ist das Ergebnis einer Bürgerversammlung vom 6.12.82.
2. Die Alten wollen nicht ins Pflegeheim; sie wollen stattdessen Pflege daheim durch ambulante Dienste.
3. Die öffentlichen Kassen sind leer, der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland hat erklärt, daß die Pflegeheimkosten für die Zukunft nicht gesichert sind. Der Bau zusätzlicher Pflegeheime verbietet sich dadurch von selbst.
4. Allein die Baukosten betragen 24 Mio DM. Wie viele Alte könnte man nur allein mit diesem Baugeld zu Hause pflegen!
5. Der Bau und die zukünftigen Pflegekosten haben alle Mittel für altengerechte Wohnungen und ambulante Pflege in Mülheim abgesaugt.

Im Dezember vorigen Jahres haben wir eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt, bei der wir diese Sachverhalte dargelegt haben und funktionierende Modelle der ambulanten Versorgung in anderen Städten vorgestellt haben. Anwesend waren: Vertreter der Parteien, der beiden Kirchengemeinden und der Verwaltung sowie Mitglieder verschiedener Verbände. Es fehlten: der ASB und sein Vorsitzender, OB Burger. Die Politiker aus allen drei Parteien haben aus dem Ergebnis dieser Veranstaltung überraschend schnell ihre Konsequenz gezogen. Auf ihren interfraktionellen Antrag hin beschloß die Mülheimer Bezirksvertretung einstimmig die Errichtung einer Sozialstation im neuen Altenheim. Dieser Vorschlag, den wir als einen Schritt in Richtung einer altengerechten Betreuung ansehen, wurde vom ASB abgelehnt. Ein Verein für ambulante Pflege, dem 'Zo Huss e.V.', wird mit dem Hinweis auf das Altenheim jede Unterstützung verweigert.

Damit ist das Grundrecht eines jeden alten Menschen auf freie Wahl seiner Lebensform in Mülheim außer Kraft gesetzt. Dieser Zustand ist für alle Seiten unzumutbar. Wir fordern Sie deshalb zu einem öffentlichen Streitgespräch auf, bei dem erörtert werden soll, wie die Versorgung der Alten im Viertel sichergestellt werden kann: durch immer mehr Alten- und Pflegeheime oder durch Aufbau von ambulanten Versorgungsnetzen und dem gezielten Erhalt und Ausbau von altengerechten Wohnungen ohne Mietsteigerungen im Viertel?

Wir bitten Sie, uns bis zum 19.7.1983 mitzuteilen, wer von Ihrer Seite außerdem noch teilnehmen soll und welcher Termin Ihnen genehm ist.

Hochachtungsvoll

Mülheimer Seniorentreff
Aktionsgemeinschaft Jung und Alt

i.A. W. Streng H.Stähli
Tiefentalstr. 18, 5 Köln 80

LKH-Merheim Heilbehandlung bis zum Tod?

Nach dem Tod von Marion Masuhr im seit 1978 geschlossenen LKH Brauweiler bleibt immer noch der traurige Psychiatrie-Alltag der vom LVR betriebenen LKH's Wirklichkeit, über die das OLG (Oberlandesgericht) Köln bestätigt, daß in ihnen ständig Menschen wie Vieh gehalten werden, auf zwielichtige Art und Weise sterben und mit Medikamenten vollgepumpt werden.

So auch in dem als fortschrittlich geltenden, mit neuen und an dem Wohl der Patienten orientierten "Heilungsmethoden" gepriesenen LKH - Merheim. Doch hinter den faden und kühlen Betonfassaden bleibt auch der menschenverachtende Psychiatrie - Alltag weiter bestehen.

SUSANNE B. - EIN OPFER DER PSYCHIATRIE

Susanne B., 24 Jahre alt, wurde vor etwa 5 Wochen auf Veranlassung von Nachbarn in das LKH Merheim zwangseingewiesen. Grundlage der Unterbringung war eine nach den Psychiatriegesetzen begründete Eigen- und Fremdgefährdung. Als Diagnose stellten die behandelnden Ärzte eine nicht näher begründete Schizophrenie fest. Wie in anderen LKHs auch begünstigten sich die Psychiater damit, Susanne mit Giften ruhigzustellen. Von Heilbehandlung oder Therapie war nicht die Rede.

Nach 2 Wochen Zwangsunterbringung verlegte man sie auf die offene Station, die sich in den Behandlungsmethoden der Patienten von der geschlossenen nicht im Geringsten unterscheidet. Nach weiteren 2 Wochen schien die Mühle der Psychiatrie für Susanne B. beendet. Sie wurde auf eigene Verantwortung entlassen.

Doch der grausame Psychiatrie-Alltag hinterließ auch bei ihr seine Spuren. Die nachhaltigen Auswirkungen der Gifte hatten bei ihr Atembeschwerden hervorgerufen. Als die Beschwerden schließlich so unerträglich wurden, suchte sie das Vincenz-Krankenhaus auf. Man half ihr dort nicht weiter, unterließ eine Benachrichtigung ihres Mannes und brachte sie erneut ins LKH Merheim. Dort wurde die alte Behandlungsmethode in noch schärferem Maße fortgesetzt. Nach Willkür der Ärzte wurde sie mit schweren Giften vollgepumpt. Wie bei Marion Masuhr war ihr Gesicht von den Giften aufgedunsen, sie war kaum ansprechbar, saß uns teilnahmslos, apathisch gegenüber, sie konnte Beine und Arme nur schwer bewegen, der Speichel floß ihr aus dem Mund. Ihrem Mann gegenüber konnte sie nur äußern, sie könne diese grausame "Heilbehandlung" nicht mehr ertragen, sie wolle zu ihm.

Bei Susanne B. liegen die gleichen Auswirkungen der Gifte vor, die bei Marion Masuhr schließlich zum Tod führten. Die Psychiater halten aber immer noch an dieser in ihren Augen sinnvollen und notwendigen "Behandlung" mit Giften fest. Der zuständige Richter Rademacher, der heute über die Zwangseingeweisung entscheidet, erklärte gleichgültig, wenn sie durch die Übermedikamentierung zu Tode käme, so könne er daran auch nichts ändern. Doch er und die Richter in Weiß - die Psychiater - sind in vollem Umfang für das Leben von Susanne B. verantwortlich!

DESHALB FORDERN WIR DAS SOFORTIGE ABSETZEN DER GIFTE UND DIE SOFORTIGE ENTLASSUNG VON SUSANNE B.!!!

V.i.S.d.P. SSK - Salierring 37, 5000 Köln 1
K. Breidenbach

Staatsanwalt deckt Verbrechen der Stadt Bunkerbewohner in den Ruin getrieben

Bis Jan. '82 machte der steinreiche Konditormeister Peter Hirsch satte Gewinne mit der Not armer Leute. Jahrzehntlang nutzte er bzw. sein Vater einen ehemaligen Weltkriegsbunker als sog. "Fremdenheim". Hirsch pachete ihn vom Bundesvermögensamt für 900 DM und funktionierte ihn als "Herberge" für den "asozialen Bodensatz" unserer Gesellschaft um und kassierte dafür monatlich 18.000 DM.

90 Bunkerbewohner vegetierten in 5 qm großen Zellen, feucht und fensterlos, ohne Entlüftung. Hirsch selbst zu dieser Unterbringung: "Es macht mir Spaß solche Leute zu betreuen". Als weitere Serviceleistung seines angeblichen "Hotelbetriebes" bot er auch einen Lebensmittelladen, in dem die Bunkerbewohner gezwungen waren, zu überhöhten Preisen schlechte oder sogar verschimmelte Ware zu kaufen. Für den geregelten Ablauf sorgte ein angestellter Schlägertrupp, der die Mieter trieb und mit seinen Mitteln für Ruhe und Ordnung sorgte. Alle diese "Wohltätigkeiten" ließ er allerdings "anständig" bezahlen: pro qm 50,- DM im Monat.

Die Zulieferer für seinen "Wohltätigkeitsbetrieb" waren staatl. und kirchliche Stellen: Sozialamt, Gefängnis, Amt für Diakonie, Gesundheitsamt, Obdachlosenstellen und die Caritas.

Schon seit 1976 machte die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) die verantwortlichen Behörden auf die grausamen und menschenunwürdigen Zustände im Bunker aufmerksam. Die einzige Antwort der Stadt. Behörden: Dieses Problem ist nicht im Hau-Ruck-Verfahren zu lösen. Selbst Atteste von Ärzten, die darauf hinwiesen, daß die Unterbringung zu offener Tbc, Rückenmarksverletzungen, Nierenleiden, Gürtelrose usw. führe, ließ die Behörden kalt. Es hinderte sie nicht einmal daran, weiter Obdachlose und Nichtseßhafte einzuweisen.

1980 wandte sich ein Bunkerbewohner hilflos an den SSK. Seine Obdachlosigkeit hatte ihn gezwungen 10 Jahre im Bunker zu wohnen, schwere körperliche Schäden waren die Folge. Erste als der SSK Anzeige wegen Körperverletzung gegen Hirsch und städt. Bedienstete und Anzeige wegen Verstoß gegen das Lebensmittelgesetz erstattete, kam der Stein ins Rollen. Nachmals wurden die Verantwortlichen und der Minister für Landes- und Stadtentwicklung als oberste Aufsichtsbehörde aufgefordert diesem Mißstand ein Ende zu bereiten.

Trotzdem dauerte es noch 1 1/2 Jahre, in denen sich nicht das Geringste an den verheerenden Zuständen änderte, bis der Bunker im Jan. '82 geschlossen wurde.

Die Verantwortungslosigkeit der Behörden, die über Jahre hinweg ihnen bekannte und in der Öffentlichkeit angeprangerte Mißstände vertuschen und tatenlos hinnehmen, ist auch symptomatisch für die Vorgehensweise der ermittelnden Staatsanwaltschaft. Nachdem 1980 feststand, daß unter den Augen der städt. Beamten Menschen krank gemacht und in die Verzweiflung getrieben wurden, hielten wir uns nun an die Staatsanwaltschaft, die ja für die Verfolgung von Verbrechen zuständig ist. Doch die Anzeige eines Rechtsanwalts wurde von der Staatsanwaltschaft nur wie eine belanglose Postwurfsendung behandelt.

Als nach 3 Mon. immer noch nichts geschehen war, machten ehemalige Bunkerbewohner zusammen mit dem SSK einen Protestbesuch bei der Staatsanwaltschaft. Es stellte sich heraus, daß nicht ermittelt worden war, sondern alles getan worden war um die angezeigten Straftaten zu verdunkeln. Das Elend von 90 Bunkerbewohnern war den Staatsanwälten nicht einmal Anlaß genug, sich den Bunker zumindest einmal anzusehen, der weniger als 1 km Luftlinie von ihren Büros entfernt liegt. (Bei Mißständen in Tierheimen sollen Staatsanwälte dagegen unverzüglich und rabiat durchgegriffen haben)

Erst die SSK Demonstration machte die müden Juristen munter: 3 Tage später war Ortsbesichtigung. Der offenbar vorgewarnte Hirsch war mit der eilig begonnenen Renovierung gerade in den Anfängen. Hirsch's unterirdisches Fremdenheim war nicht mehr zu halten. Kurze Zeit später ließ die Staatsanwaltschaft durch die Stadt Köln erklären, der Bunker würde geschlossen.

Geeinigt hatten sich die beamteten Täter mit den beamteten Verfolgern darauf, ansonsten strafrechtlich Freiden zu schließen. Diesem Frieden wurde dann allerdings die Menschenwürde der Obdachlosen geopfert. Von nun an erschien in der Kölner Lokalpresse, die jahrelang geschwiegen hatte, ständig neue Artikel, aus denen vor allen Dingen zu entnehmen war, daß die Opfer eine besondere abartige, verwahrloste und minderwertige Menschenrasse wären, die in normalen Wohnungen nicht leben könnten.

Zitat: "Weil es schwierig ist, mit solchen Rattenlochbewohnern umzugehen, muß die Stadt Köln an Hirsch und Konsorten halt viel Geld bezahlen!" Das klingt fast so, als müßte man den Geschäftemachern auch noch dankbar sein.

Die verfügte Schließung des Bunkers zog sich 1 J. hin, denn man wußte angeblich keine andere Unterbringung. Die so abschreckend dargestellten Männer konnten nun erst recht keine Wohnung bekommen, die städt. waren für diese Sorte Mensch offenbar auch zu schade - übrig blieb, man höre und staune: die PSYCHIATRIE. Bis heute hält sich die Staatsanwaltschaft an dieses Konzept der Aussonderung gedemütigter, unproduktiver und hilfloser Menschen aus dem Schutz des Rechtsstaats.

Und so sehen ihre Ermittlungsleistungen aus:

1. Hirsch, dem Ausplünderer, wurde gnadenlos die Faust des Gesetzes unter die Nase gerieben. Zu 3.000 DM Geldstrafe wurde er verurteilt, das ist genauso viel wie eine Monatsmiete für 60 qm Bunkerhöhle. Angeklagt war Hirsch aber nicht wegen Mietwucher oder Körperverletzung, sondern wegen Verstoß gegen das Lebensmittelgesetz - die Herren Staatsanwälte hatten nämlich im "Bunkeriosk" verschimmeltes Brot gefunden.

2. Das Ermittlungsverfahren wegen Wucher stellten sie hingegen ein. Die "ortsübliche Vergleichsmiete", so brachten die Spaßvögel zu Papier, sei nämlich bei 50 DM pro qm eingehalten, denn zum Vergleich wurden ein paar ebenso geldgierige Schlafstellenbetreiber mit ähnlich elenden Bruchbuden herangezogen, die genauso absahnen wie Hirsch. Also merke: Du kannst dich bereichern wie ein Schwein, auch wenn dabei Menschen mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben bezahlen müssen, wenn du nur darauf achtest, daß die ortsübliche Vergleichsausplünderung und die ortsübliche Vergleichsunterdrückung nicht allzusehr überschritten wird. Nach einer Beschwerde des SSK ist das Ermittlungsverfahren wieder aufgenommen worden und wir warten gespannt auf die nächste Scherzeinlage. Irgentwann soll sicher die Verjährung einen Schlußpunkt setzen.

3. Aber die Staatsanwaltschaft mußte wohl oder übel ein sehr brisantes Verfahren einleiten: wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung im Amt - gegen die städt. Beamten, die für die Abstellung der gesundheitschädlichen Zustände verantwortlich sind.

Beim SSK hatten sich Ärzte aus dem zuständigen Vincenz-Krankenhaus gemeldet, die aussagten, daß sie bei Bunkerbewohnern offene Tbc festgestellt hätten. Dort aber hatte man es nicht für nötig gehalten, etwas dagegen zu unternehmen. Die Folge: Mindestens zwei Bunkerbewohner starben an Tbc!

"Einen schmalen Grat zwischen finanziellen Notwendigkeiten und humanitären Erwägungen" beschreibe das Sozialamt bei der "Bunkerbetreuung, so der ehemalige Sozialdezernent Körner in der Kölner Lokalpresse. Der Tbc - Tod von sog. "Nicht-Seßhaften" ist von der humanitären Seite des schmalen Grades her natürlich außerordentlich bedauerlich; es läßt sich andererseits jedoch nicht bestreiten, daß er von den finanziellen Notwendigkeiten her aber immerhin erträglich ist.

V.i.S.d.P. SSK - Salierring
G.Schalensky; P. Offergeld
Salierring 37, 5000 Köln 1



1.) Während die Bewohner noch Zwangsevakuiert werden, werden die Häuser abgerissen.



Am Mittwoch, den 19.6.83, räumten die Sondertruppen SK 1 der Polizei rücksichtslos das noch besetzte Haus Niehler Str.105. Vormittags um 10 Uhr drangen sie ohne vorherige Ankündigung in das Haus, traten Türen ein und räumten die Habseligkeiten der Bewohner in bereitstehende Möbelwagen. Die Telefonzellen im Umkreis wurden von Polizeibeamten blockiert, um eine Benachrichtigung des SSK zu verhindern. 4 Personen, die den Abriß durch Besteigen des Daches verhindern wollten, wurden brutal heruntergezerrt. Dann wurden die Häuser 105 u. 107 sofort unter Polizeischutz abgerissen. Eine Hundertschaft riegelte die Niehler Str. bis in die Abendstunden ab. Einige Bewohner, die Abends von der Arbeit heimkamen, standen nur noch vor einem Trümmerhaufen. Sie wußten nicht einmal, wohin ihre Familien gebracht worden waren (der Einsatzleiter konnte ihnen das auch nicht sagen).

Noch nie ist in Nippes unter solchen Bedingungen ein Haus abgerissen worden und wir fragen uns:

Wovor haben die Geschäftemacher und Grundstücksspekulanten Angst?

Es kann nicht die Angst sein vor ein paar Obdachlosenfamilien und SSK-Mitgliedern. Hier war von vornherein klar, daß diese den Abriß nicht verhindert hätten. Auch ist allgemein bekannt, daß Gewalt nicht unsere Masche ist.

Die Grundstücksschieber in Nippes glauben wohl, daß mit dem Verschwinden der Häuser auch der SSK aus Nippes verschwindet und die Verplanung von Nippes ungehindert fortschreiten kann. Sie haben Angst, daß ihre dunklen Geschäfte, die letztendlich die Nippeser aus ihrem XX Veedel vertreiben, doch noch ans Tageslicht kommen.

Deshalb mußte Hubert Weber auch aus der Schußlinie (Bezirksvertretung)! Deshalb mußten die beiden Häuser unmittelbar nach seinem "Rücktritt" abgerissen werden!

Aber wir werden den feinen Herren in Amt und Würden nicht den Gefallen tun und Verschwinden! Wir werden nicht zusehen, wie sie ungehindert die "Aufwertung" von Nippes vornehmen und sich dabei dumm und dämlich verdienen! Wir werden die Grundstücksverkäufe und Pläne der Vertreter von Nippes offenlegen! Denn es darf nicht sein, daß ein ganzer Stadtteil unbewohnbar gemacht wird, - unbewohnbar für diejenigen, mit denen keine Geschäfte zu machen sind: für die "kleinen Leute", die Kinderreichen, die Alten, die Arbeitslosen, die Aus(anderen)länder(n).

Wir fordern die Bevölkerung von Nippes auf, uns zu helfen:

- wer weiß, wo ein Haus (Grundstück) in den letzten Jahren in Nippes verkauft wurde und an wen?
- wo werden Häuser mit aufwendigen Mitteln modernisiert, um damit die Mieten enorm zu erhöhen oder sie gar in Eigentumswohnungen umzuwandeln?
- wo stehen Häuser leer?

Informationen bitte an: Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK)
Salierring 37, 5 Köln 1, tel. 21 31 75

V.i.S.d.P. K.Breidenbach, K.Scholz; Salierring 37